

Editorial

In diesen Monaten erleben Forschende, die zu Phänomenen arbeiten, die unter den Oberbegriff Rechtsextremismus fallen, eine in höchstem Maße unangenehme Bestätigung ihrer Arbeit. Zugewinne bei den jüngsten Landtagswahlen haben die AfD in Brandenburg und Thüringen in eine Position gebracht, in der sie durch ihre parlamentarische Sperrminorität noch größere Einflüsse auf den politischen Betrieb hat. Wenig später haben die Behörden erneut ein mutmaßlich rechtsterroristisches Netzwerk ausgehoben, zu dem auch Politiker:innen der AfD gehören. In den USA hat Donald Trump die Präsidentschaftswahlen deutlich gewonnen – mit vielschichtigen Folgen für die Destabilisierung demokratischer Gesellschaften. International bedeutet dies einem starken Rückenwind für die extreme Rechte. Weltweit stellt sich die Frage: Geht die liberale Demokratie ihrem Ende entgegen?

Es gibt viel zu tun für Wissenschaftler:innen, die in diesen Zeiten zu Rechtsextremismus und verwandten Themen wie Demokratie, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und vielen weiteren Aspekten forschen. Diese über lange Zeit marginalisierten Forschungsfelder und die damit verbundene Expertise sollten nun sehr gefragt sein – so könnte man zumindest meinen. Der Bedarf, Ursachen und Grundlagen der Geländegewinne der extremen Rechten zu verstehen und daraus anwendungsorientierte Schlussfolgerungen zu ziehen, ist groß. Ausdruck in akademischen Debatten und institutionelle Forschungsförderung findet dies jedoch nicht unbedingt, stattdessen sehen sich Institutionen, die zu Demokratie und Rechtsextremismus forschen, aufgrund der politischen Verschiebungen in ihrer Existenz bedroht – besonders akut zu beobachten in den ostdeutschen Bundesländern. In den USA ist schon vor der erneuten Wahl Trumps eine Kultur der Einschüchterung und der Selbstzensur an Universitäten und anderen Instituten eingezogen. Die im öffentlichen Raum viel diskutierte Grenze des Sagbaren entwickelt sich im Zuge der Normalisierung des Rechtsextremismus auch zulasten freier Äußerung in der Wissenschaft. Dies liegt womöglich u. a. daran, dass kritische Analysen zu den Ursachen des Rechtsextremismus unweigerlich auf soziale und ökonomische Probleme sowie auf politische und kulturelle Entwicklungen in der Gesellschaft verweisen und dabei unbequem sein müssen – in bester Tradition einer Sozialforschung im Verständnis von Pierre Bourdieu und vielen anderen. Mit dem Verhältnis zwischen Rechtsextremismus und der Gesellschaft beschäftigt sich insbesondere soziologische Rechtsextremismusforschung, die in diesem Heft im Mittelpunkt steht.

Für das vorliegende Schwerpunktheft der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung wurden Beiträge des Workshops „Konjunkturen und Schwerpunkte soziologischer Rechtsextremismusforschung“ ausgearbeitet. Der Workshop fand im März 2024 im traditionsreichen Frankfurter Institut für Sozialforschung statt und wurde organisiert durch den Vorstand des Arbeitskreises „Sociology of the far right“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS): Alexandra Schauer, Viktoria Rösch, Leo Roepert, Felix Schilk und Matthias Quent. Alle eingesendeten Beiträge wurden dem üblichen Double-Blind-Peer-Review-Verfahren unterzogen. Sie befassen sich aus soziologischen Perspektiven mit der Positionierung der Rechtsextremismusforschung inklusive des Verhältnisses zur professionellen Praxis und staatlichen Institutionen vor allem in Deutschland sowie mit soziologischen Diagnosen des Rechtsextremismus. Dabei tragen die Beiträge der Interdisziplinarität des Forschungsfelds Rechnung und ermöglichen nicht nur Soziolog:innen wichtige Erkenntnisse, sondern auch ein übergreifendes Verständnis der Interdependenzen und zentralen Entwicklungslinien des

Rechtsextremismuskurs in Deutschland. Die Beiträge stellen damit wichtige Befunde und Diskussionsbeiträge zur Weiterentwicklung einer zeitgemäßen Rechtsextremismusforschung bereit, die sich ihrer historischen Wurzeln und Entwicklungen ebenso wie ihrer Kontinuitäten und aktuellen Herausforderungen bewusst sein sollte. Sie liefern somit auch einen Beitrag zum allgemeinen Erkenntnisprozess, dem das Hinterfragen von Theorien und Ergebnissen, von Thesen und Urteilen inhärent ist und leisten damit einen wichtigen Beitrag in Zeiten der globalen Demokratiekrise.

Die Forschungsgemeinschaft insgesamt steht vor großen Fragen: Haben wir uns auf die richtigen Schwerpunkte konzentriert? Welche Desiderate bestehen? Welche Perspektiverweiterungen sind nötig? Welche Antworten können wir mit welcher Sicherheit geben? Was begrenzt den Erkenntnisprozess? Welche Ressourcen, Methoden und Kooperationen braucht unabhängige Rechtsextremismusforschung und wie können diese erreicht werden? Haben wir alles getan, was mit wissenschaftlichen Mitteln möglich war?

Als Heftverantwortliche für diese Ausgabe der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung danken wir auch im Namen des Herausgebendenkreises allen Beitragenden und laden dazu ein, diese Diskussionen weiterzuführen.

